

Vichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Vichtenstein-Callnberg, Sobndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rilsdorf, St. Egidien, Heinrichsborn, Marienau, den Müllengrund, Rübischappel und Trischheim.

Er erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertagen, mittwochs. —
 Bezugspreis: 4,75 RM. monatlich frei ins Haus, durch die Post
 bei Abholung 14,25 RM. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Ge-
 schäftsstelle, sämtliche Postämter, Briefträger und andere Zeitungs-
 träger entgegen. — Anzeigenpreis 20 Pf.



Anzeigenpreis: Die sechsgepaaltene Grundzeile wird mit 75 Pf.,
 für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und
 amtlichen Teile kostet die dreigegepaaltene Zeile 1,75, für auswärtige
 2,00 RM. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher
 Nr. 7. Drahtschlüssel: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Vichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.
 Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pöcher in Vichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pöcher in Vichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 51.

Mittwoch, den 2. März 1921

71. Jahrgang.

Wägebände mit ärztlicher Beratung für Kinder bis zu einem Jahr findet für A-H Donnerstag den 3. März
 J-O „ 10. „
 P-Sch „ 17. „
 St-Z „ 24. „
 von 1/2 3-4 Uhr in gutgeheizten Räumen des Callnberger Rathhauses statt. Wägebänder sind mitzubringen. Das Wohlfahrtsamt.

Kleinhandelshöchstpreise für die Stadt Vichtenstein-Callnberg.

Kartoffeln	0,50	pro Pfd.
Saure Gurken	0,30-0,50	pro Stk.
Wöhren	0,60	pro Pfd.
Kohlrabi	0,35-0,40	pro Stk.
Kohlschalen	0,80	pro Pfd.
Rohtraub	1,60	„
Weißtraub	1,20	„
Rote Rüben	0,50	„
Kohlrüben	0,25	„
Kettische	0,30	„
Zellerie	1,50	„
Hirsen	0,60-0,80	pro Zif.
Zaiselweiz	2,50-3,00	pro Pfd.
Wirkstoffsovit	1,50	„
Neue Heringe	4,-	„
Rindfleisch	14,-	„
Kalbfleisch	13,-	„
Lammfleisch	15,-	„
Schweinefleisch	18,00-20,00	„
Wiemales Rindfleisch	16,-	„
Strawack beste Qualität	20,00-22,00	„
Leber und Wurstwaren beste Qualität	18,00-20,00	„
Randfleisch und Speck 1. Qualität	22,-	„
Randfleisch und Speck 2. Qualität	20,-	„
Wurmarie	12,50	„
Nettobutter	4,-	„
Wartentrees Brot	2,75	„

Die vorgenannten Preise verstehen sich nur für diese Ware. Die zum Kauf der Ware benötigten Polizeibeamten werden kontrollieren, ob verschiedene Lebensmittel entsprechend höherer verkauft werden können.
 Die Einwohnerversammlung wird ersucht, Heberklärungen der vorgenannten Höchstpreise im Lebensmittelamt oder in der Polizeiwache zur Anzeige zu bringen.
 Vichtenstein-Callnberg, den 1. März 1921.
 Der Stadtrat.
 Preisprüfungsstelle.

Wurstverteilung.

Ab Freitag, den 4. März 1921 werden bei allen Fleischern des Bezirks verteilt: 250 Gramm Leberwurst in Büchsen — gute Qualität, Thüringer Fabrikat — (Nr. 6 25 das Pfund) für jede versorgungsberechtigte Person. Die Fleischler der Gemeinde wollen die Wurst sofort bei dem Bezirksverteilungsstellen abholen. — R. E. Nr. 51. — Bezirksverband Glauchau, den 1. März 1921.

Kurze wichtige Nachrichten.

Der Telegraph meldet aus London: Das schnelle Wanken der deutschen Währungsnotierung in London wird als ungünstige Beurteilung der deutschen Aussichten allgemein erachtet.
 Die Resolution Anor auf Erklärung des Friedenszustandes mit Deutschland wurde in erster Lesung vom Kongress in Washington angenommen.
 Die für Oberkassien bestimmten englischen Truppen werden, wie aus Köln den zuständigen Stellen gemeldet wird, über Bielefeld, Frankfurt, Erfurt, Kottbus, Szeged beordert.
 Nach Traitmeldungen aus Rom ist es in verschiedenen italienischen Städten zu ersten Zusammenstößen zwischen Sozialisten und Anarchisten gekommen, bei denen es verschiedene Tote gab.
 Der „Temps“ meldet aus Valona, daß bei Vodgoriha ein Kampf zwischen aufständischen Montenegroern und jugoslawischen Regulären stattgefunden habe, wobei einige Montenegriner getötet wurden.
 Daili Express meldet, daß der Vertrag von Sevres zum Nutzen der Türkei abgeändert wurde, so daß Griechenland Thrazien und Smyrna verliert.
 In Moskau spielen sich zwischen Ausländern und der Roten Armee schwere Straßenkämpfe ab. Die Ausländer verlangen Erhöhung der Brotzation, Sicherstellung des freien Handels, Anerkennung der bürgerlichen freien Rechte und Einberufung der Konstituante.

Ungünstiger Eindruck der deutschen Gegenentwürfe.

London, 1. März.
 Amtlicher deutscher Bericht. Heute vormittag einhalb 12 Uhr fand im Lancaster-House die erste Vollziehung der Konferenz statt, an welcher außer der deutschen die englische, französische, italienische, belgische und japanische Delegation teilnahmen. Von der deutschen Delegation waren Reichsminister Dr. Simons, Staatssekretäre Bergmann und Schröder, Ministerialdirektoren v. Simson und v. Le Saire und Staatssekretär Kwato anwesend, ferner der Botschafter Sthamer.
 Lloyd George, der Präsident der Konferenz, eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst die Reparationsfrage zu besprechen. Reichsminister Dr. Simons willigte ein und legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage dar, die in der vorliegenden Form unmöglich auszuführen seien. Einzelheiten darüber enthalten die beiden Deutschschriften, die er der Konferenz überreichte. Reichsminister Dr. Simons gab sodann einen Überblick über die deutschen Gegenentwürfe.
 Lloyd George bemerkt namens der Alliierten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf einer gänzlichen Verleugnung der Bedürfnisse der Lage beruhen. Die Alliierten würden aber unter sich beraten und morgen ihre Antwort geben. Darauf wurde die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen.

Die deutschen Vorschläge.

Berlin, 1. März. Die deutschen Gegenentwürfe enthalten folgenden Zahlungsplan:
 Der Gesamtwert der von alliierten Seite geforderten 42 Annuitäten beträgt bei der Deutschland angebotenen Rückzahlungsleistung mit 8 Prozent jährlich etwas über 50 Milliarden Goldmark. Davon sind die bisherigen Leistungen Deutschlands in Abrechnung zu bringen, deren genauer Wert durch eine besondere gemischte Sachverständigenkommission festzustellen wäre. Der verbleibende Betrag soll baldmöglichst im Wege internationaler Anleihen bewahrt werden. Zunächst schlägt Deutschland eine Anleihe in möglichst großen Umläufen, etwa bis zu 8 Milliarden Goldmark, mit möglichst niedrigem Zinssatz und nach 5 Jahren einwegender Laufzeit vor. Deutschland ist bereit, den Anleiheausweisern die nötigen Sicherheiten zu gewähren. Abgegeben von dem Anleiheinstitut übernimmt Deutschland für die nächsten 5 Jahre 1 Milliarde Annuitäten durch Zuschüssen zu bedecken. Deutschland erklärt sich bereit, durch Arbeit an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete unter Anrechnung mitzuwirken. Der nicht durch Anleihen oder anderweitig gedeckter Betrag der Reparationszahl wird mit 5 Prozent verzinst. Die bis 1. Mai 1926 durch Annuitäten ungedeckten Zinsen werden ohne Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die Finanzierung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands ist durch vorstehende Vorschläge bereits Rechnung getragen. Voraussetzungen für diese Vorschläge ist das Verbleiben Ober-

Schleifens bei Deutschland und Wiederherstellung wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung.

Der amtliche französische Bericht.
 Paris, 1. März. Die „Agence Havas“ meldet aus London: Die Konferenz hörte heute morgen die Darlegungen der deutschen Delegation an, die außerdem den Text der von den deutschen Sachverständigen ausgearbeiteten Gegenentwürfe vorlegte. Dr. Simons bietet die Zahlung von 50 Milliarden Goldmark zum gegenwärtigen Kurse an. Hieraus sind, wie die deutsche Delegation behauptet, bereits 20 Milliarden in Form von Räderleistungen gezahlt worden. Deutschland will den Restbetrag, also 30 Milliarden, in 30 Jahren zahlen unter der Bedingung, daß eine internationale Anleihe ausgegeben wird, und daß nach 5 Jahren ein Finanzabkommen abgeschlossen wird.
 Lloyd George erklärte, daß diese Vorschläge von vollständiger Verleugnung der Lage zeugten, und daß, falls der Inhalt der Vorschläge in einzelnen den von Dr. Simons hierüber abgegebenen Erklärungen entspreche, die Vorschläge weder eine Prüfung noch eine Erörterung verdienen. Die Alliierten würden heute nachmittags um 4 Uhr zusammenzutreten und zweifellos morgen ihre Antwort der deutschen Delegation betanntgeben. Lloyd George empfahl den Sachverständigen der Alliierten, die militärischen Sachverständigen und den Marshall Foch mit einbezogen, in ihren Hotels sich bereitzuhalten, um einer Aufforderung des Vorsitzenden der Konferenz sofort Folge leisten zu können.
 Die Berliner Presse zur ersten Konferenz.
 Berlin, 2. März. Zu der Bemerkung Lloyd Georges, daß die deutschen Gegenentwürfe auf einer vollständigen Verleugnung der Situation beruhen, sagt das Berliner Tageblatt: Wahrscheinlich ist einzuwenden, daß es nicht zur Verhinderung, sondern zu den Sanktionen kommen wird. Errichtung der Zollgrenze am Rhein, Abschaffung der Rheinlande, Befreiung von Mannheim oder auch noch anderer wichtiger Industrieplätze. Das sind die Pläne, durch deren Ausführung wir auf die Knie zu zwingen sind. Heute wird es keinem voreiligen Drohen geingen, den Willen Deutschlands zum Wanken zu bringen und einen Entschluß auszu-zwingen, der jedem selbstverständlich erscheint. Aber die Einheit, auf der alle Widerstandskräfte beruht, kann nur aufrecht erhalten werden, wenn man überall kalte Ruhe bewahrt. Will die Entente in London nicht verhandeln, so wird sie militärische Hilfe in den Sanktionen suchen, zu denen seit längerer Zeit der französische Militarismus drängt. Wir sind, immer die nötige Kaltblütigkeit in Deutschland vorausgesetzt, überzeugt, daß man die Sanktionen vollständig ver-trennt.

Berlin, 2. März. Im Lokalanzeiger heißt es: Man muß immer wieder daran denken, daß nach dem eigenen Zeugnis der alliierten Presse es die besten Köpfe Deutschlands gewesen sind, die Herr Dr. Simons zur Ausarbeitung seiner Gegenentwürfe hinzugezogen hat, um angesichts dieser Zahlen und Leistungsangebote den Mut aufrecht zu erhalten und wenn versichert wird, daß diese Vorschläge schon die zu erwartende Besserung unseres wirtschaftlichen Lebens zugrunde gelegt ist, so erscheint uns sein Vertrauen in die Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes jedoch erheblich übertrieben zu sein.

Deutscher Reichstag.

(Schluß der Montagssitzung.)
 Berlin, 23. Februar.
 Abg. Brüninghaus (D. Vp.) gibt namens des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei folgende Erklärung ab: „Da die gesetzlichen Bestimmungen über die Entlohnung im Allgemeinen bisher zu Beanstandungen keine Veranlassung gegeben haben und die Entlohnungsaktion auf Grund der erklärten Bestimmungen Ergebnisse gezeigt hat, die weit über die Schätzung hinausgehen, wird die Aenderung des Gesetzes beziehungsweise die Entschleunigung, wie sie die Unabhängigen verlangen, für überflüssig, ja für schädlich gehalten. Sie könnte lediglich dazu führen, unnötige Unruhe in die Bevölkerung zu tragen und die in Gang befindliche Durchführung der Beschlüsse von Spa zu stören. (Zustimmung rechts.) Wir werden daher den unabhängigen Antrag bezw. die Entschleunigung ablehnen, zumal die Regierung, die wohl auf die am schwierigsten Gebiet die Verhältnisse am besten übersehen kann, die Veränderung des Gesetzes nicht mehr für erforderlich erachtet. (Beifall in der Mitte und rechts.)
 Abg. Dr. Heim (Bayr. Vp.): Es ist nicht wahr, daß sich die Regierung Naht in der Gefangenenschaft Eicherichs und der militärischen Organisationen befindet. Es ist mir eine Ehrenpflicht, hier für Eicherich, den ich seit Jahren kenne, Zeugnis abzulegen, (Lebhaftes Bravo rechts.) Die Einwohnerwehren sind eigentlich ein Kind der sozialistischen Regierung. Noch im November vorigen Jahres sind sie von einem sozialistischen Abgeordneten verteidigt worden.“